

AUSSPRACHE

Die Montanunion in der Praxis

Uns ging von dem Mitglied der Hohen Behörde in Luxemburg, Dr. *Heinz Potthoff*, folgendes Schreiben zu:

Zu den Ausführungen, die in der Nr. 11 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ unter dem Titel „Die Montanunion in der Praxis“ veröffentlicht wurden, möchte ich aus der Praxis der täglichen Arbeit in Luxemburg wenigstens einige Irrtümer richtigstellen.

1. Die Behauptung, der gemeinsame Markt sei „zunächst mehr oder minder ein riesenhaftes Kartell, das die alten Marktverhältnisse stabilisiert“, wird dadurch nicht richtiger, daß man sie wiederholt. Die Verhältnisse in der Kohlenwirtschaft machen das ganz deutlich. Von einem „Kartell“ würde man erwarten, daß es die Märkte abschließt und die Preise erstarren läßt. In Wirklichkeit sind die Kohlenpreise, insbesondere im Austausch zwischen den Ländern der Gemeinschaft, zurückgegangen. Viel entscheidender aber ist, daß sich der Austausch zwischen den Ländern des gemeinsamen Marktes mengenmäßig gegenüber 1952 um nicht weniger als 14,7 vH erhöht hat. Dabei handelt es sich um eine allgemeine Erhöhung des Austausches, der allen beteiligten Ländern zugute kam, und das in einer Zeit, die konjunkturell betrachtet, eher eine Abschwächung des allgemeinen Wirtschaftsvolumens mit sich gebracht hat.

2. Daß die Hohe Behörde den Kohlenpreis „diktiert“ habe, entspricht nicht den Tatsachen, denn der Beratende Ausschuß einschließlich der Arbeitnehmervertreter, ebenso wie der Ministerrat und die gemeinsame Versammlung, haben die Preispolitik der Hohen Behörde gutgeheißen. Diese Politik besteht ja gerade darin, *nicht* zu diktieren — was aus der Verschiedenartigkeit der Preisentscheidungen deutlich genug hervorgeht. Nach eingehenden Beratungen mit allen beteiligten Kreisen wurden so die Eisen- und Erzpreise freigegeben. Es wurden Höchstpreise für Schrott erlassen. Für Kohle wurde ein Mittelweg gewählt.

3. Die Situation auf den Stahlmärkten ist heute noch schwer zu beurteilen — ist doch der gemeinsame Markt erst am 1. Mai 1953 errichtet worden, während die Preislisten der Erzeuger sogar erst am 25. Mai 1953 zur Veröffentlichung gelangten. Wesentlicher aber ist die allgemeine Wirtschaftsentwicklung gewesen, die die Abnehmer auch von Stahl in gewissem Umfang zur Zurückhaltung veranlaßte. Wenn der Gesamtindex der Industrieproduktion in der Gemeinschaft vom 2. Halbjahr 1952 bis zum 1. Halbjahr 1953 praktisch kaum

eine Zunahme zeigt, kann das auch auf die Stahlindustrie und ihre Absatzmöglichkeiten nicht ohne Rückwirkungen bleiben. Es ist daher verständlich, einmal, daß die Stahlproduktion gegenüber dem Vorjahr keine Steigerung zeigt und daß darüber hinaus der Warenaustausch in Eisen- und Stahlerzeugnissen zwischen den Ländern der Gemeinschaft nach der Errichtung des gemeinsamen Marktes zunächst nicht zugenommen hat. In den letzten Wochen scheint sich aber ein gewisser Tendenzumschwung in den Stahlmärkten abzuzeichnen, offenbar haben die Lagerbestände in weiten Teilen der verarbeitenden Industrie ein Minimum erreicht. Im Monat Oktober jedenfalls lag der Auftragseingang aus den Ländern der Gemeinschaft im zwischenstaatlichen Verkehr zwischen diesen Ländern um 16 vH höher als im September 1953 und um 18 vH über dem monatsdurchschnittlichen Versand des Jahres 1952.

Was die Preisentwicklung betrifft, so ist bekannt, daß die Grundpreise in der Gesamtheit der Gemeinschaft sich im Sommer gegenüber dem Jahre 1952 zunächst um 1 vH, bis zur jüngsten Gegenwart um etwa 2,3 vH im Durchschnitt vermindert haben. Hierbei spielt eine besondere Rolle die fünfprozentige Senkung der Grundpreise in Deutschland und die Verminderung der Grundpreise für Bleche in Frankreich um gleichfalls 5 vH. Hinzu kommt, daß allgemein die im Mai veröffentlichten Preislisten mehr oder weniger stark unterschritten werden. Wie angesichts einer solchen Entwicklung, die übrigens in Deutschland durch die Einflußnahme der Regierung, der Arbeitnehmer und der Verbraucher erreicht wurde, davon gesprochen werden kann, daß die Hohe Behörde „väterlich für starre Preise sorgt“, ist unverständlich.

Hinzu kommt, daß die Hohe Behörde natürlich die laufende Entwicklung sehr aufmerksam verfolgt, und zwar im Sinne einer stärkeren Beweglichmachung der Stahlmärkte. Im Marktausschuß der gemeinsamen Versammlung (13/14. November 1953) hat die Hohe Behörde erklärt, daß gewisse Grenzen der Preisbildung aufzulockern sind, um die Beweglichkeit der Preise zu erhöhen — also genau das Gegenteil dessen, was in der Darstellung behauptet wird.

Im übrigen liegen natürlich die Verhältnisse in den einzelnen Ländern verschieden, was nicht zuletzt auch mit der differenzierten konjunkturellen Entwicklung in den einzelnen Ländern zusammenhängt. Unter diesem Gesichtspunkt kann übrigens keine Rede davon sein, daß Frankreich seinen gesamten Stahl selbst verbraucht. Unter dem Druck der wenig befriedigenden allgemeinen Wirtschaftsentwicklung sind nämlich gerade hier die Exporte nach dritten Ländern erheblich gestiegen. Von den in Frankreich erzeugten Walzstahlfertigerzeugnissen verbleiben in der Regel nur etwa 70 vH für den Inlandsverbrauch.

4. Sowohl für Kohle als auch für Stahl muß festgehalten werden, daß ein „freier“ Markt nicht von heute auf morgen herausgebildet werden kann. Abgesehen davon, daß auf beiden Märkten gewisse Strukturbesonderheiten immer zu Sonderregelungen zwingen werden, ist die Frage eines wirksameren Wettbewerbs zwischen den Produzenten gleichfalls nur im Laufe einer längeren Zeit zu lösen, denn wenn auch ein stärkerer und wirksamerer Wettbewerb gewünscht wird, muß auf der anderen Seite doch vermieden werden, daß schwerwiegende Störungen im Wirtschaftsprozeß eintreten. Beide Gesichtspunkte hat die Hohe Behörde in ihren Arbeiten zur Geltung gebracht. Dieser vorsichtigen Politik ist es zu danken, daß es bisher zu ernsthaften Störungen nicht gekommen ist.

5. Ganz vergessen aber wurden in dem genannten Bericht die weiteren Perspektiven. Das wichtigste Ergebnis der letzten Ministerratsitzung der Montanunion war der Beschluß, gemeinsam mit der Hohen Behörde über eine gemeinsame Konjunkturpolitik zu verhandeln, um ein Absinken der Investitionstätigkeit und damit der Produktion und der Beschäftigung unmöglich zu machen.

Dieser erste Ansatz zu einer Zusammenarbeit über das enge Gebiet von Kohle und Stahl hinaus dürfte auch für die Leser der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ von bedeutendem Interesse sein. DR. HEINZ POTTHOFF

Kapitalmarkt und Kapitalbildung

Zum Fragenkreis Kapitalmarkt und Kapitalbildung sind aus jüngster Zeit zwei beachtenswerte Äußerungen zu verzeichnen.

Ganz besonders beachtlich sind die Ausführungen, die G. Sieber am Schluß seines instruktiven Aufsatzes „Zum Problem der Wiederbelebung des Kapitalmarktes“¹⁾ macht. Nach einer Kritik des 1. Kapitalmarktförderungsgesetzes, die in allem Wesentlichen übereinstimmt mit den Einwendungen, die der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft in seinen beiden Gutachten vom 4. Februar und 6. Juli 1952 gegen eine solche gesetzgeberische Maßnahme erhoben hatte²⁾, beschließt Sieber seine Ausführungen unter Bezugnahme auf meinen Aufsatz im Septemberheft dieser Zeitschrift³⁾ dahingehend, „es komme

darauf an, die *Einkommen* so umzuverteilen, daß ... die Lohn- und Gehaltsempfänger in die Lage versetzt werden, ‚echt‘ zu sparen, d. h. sich an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung zu beteiligen“. — Bereits einige Monate früher hatte Dr. Victor Agartz in einem nur im Umdruck vorliegenden Referat über Fragen der Lohnpolitik sich im gleichen Sinne, nur vielleicht noch etwas schärfer zugespitzt, geäußert, indem er höhere Löhne als notwendig bezeichnete zur Bildung von Sparquoten, da nur von dieser Seite allein (!) eine Wiederbelebung des Kapitalmarktes möglich sei. Daß eine Wiederbelebung des Kapitalmarktes anzustreben sei, ist für das WWI und seinen Leiter kein Problem; die Problematik beginnt für sie erst bei dem *Wie*. Und da ist ihnen ohne Frage zuzustimmen: Kapitalbildung nicht durch den Staat allein, Kapitalbildung nicht als Privileg einer bevorzugten gesellschaftlichen Klasse, sondern Beteiligung aller oder jedenfalls der breitesten Kreise der Werktätigen an der Kapitalbildung.

Für diese Forderung entwickelt ein am 30. Mai dieses Jahres auf dem Hessischen Sparkassentag in Darmstadt gehaltenes Referat von Prof. Voigt⁴⁾ Gründe, die bisher zum Teil noch nicht gebührend beachtet worden waren. Voigt macht darauf aufmerksam, daß die verschiedenen Wege des Sparens eine „unterschiedliche Fruchtbarkeit“ in sich tragen. Er meint damit, daß die volkswirtschaftliche Sparquote, je nachdem wie sie verwendet wird, das künftige Volkseinkommen sowohl seiner Größe als seiner Zusammensetzung nach sehr verschieden beeinflußt. Die Art der Verwendung der Sparquote bestimmt sich aber zu einem guten Teil nach ihrer Herkunft. Die Ersparnisse der breiten Massen, auch wenn diese die Anlage den Sparkassen, Genossenschaften und andern gemeinwirtschaftlichen Institutionen überlassen, werden anders angelegt werden als die Ersparnisse der Bezieher von Spitzeneinkommen oder die unverteiltten Gewinne von Großunternehmen. Alles spricht dafür, daß die aus vielen kleinen Quellen fließenden Ersparnisse volkswirtschaftlich „fruchtbarer“ angelegt werden, als wenn die Ersparnisse aus nur wenigen, dafür aber sehr starken Quellen fließen. Das trifft in um so höherem Grade zu, je weniger der Zins imstande ist oder dazu ausreicht, die neugebildeten Kapitalien dorthin zu lenken, wo sie volkswirtschaftlich den größten Nutzen stiften. Ist das wahr — und es ist unbestreitbar wahr —, dann ist es ein neuer und sehr gewichtiger Beweisgrund dafür, daß wir dahin kommen müssen, daß die breiten Massen der Arbeitnehmerschaft Ersparnisse bilden, d. h.

1) WWI-Mitteilungen, 6. Jg., Heft 10 (Oktober 1953), S. 202.

2) Gutachten vom 4. 2. 1952 („Belegung des Wertpapiermarktes“) und vom 6. 7. 1952 („Wiederaufbau des Kapitalmarkts und Zinspolitik“); Band 2 der Gutachtensammlung, Verlag Otto Schwartz & Co., Göttingen, S. 76 und 87.

3) Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, 4. Jg., S. 523 ff.

4) Hessischer Sparkassentag 1953, herausg. vom Hessischen Sparkassen- und Giroverband: „Die aktuelle Problematik der Kapitalbildung“ von Prof. Dr. Dr. Fritz Voigt, Braunschweig, Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart, S. 28—54.

daß sie einkommensmäßig in den Stand gesetzt und willensmäßig geneigt gestimmt werden, von ihrem Einkommen einen Teil zu erübrigen und ihn — in welcher Form immer — der Kapitalbildung zuzuführen.

Insoweit möchte ich also Konrad Schayer⁵⁾ nicht folgen, wenn seine Meinung dahin geht, die über Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand „auslösbaren Verschiebungen der Einkommensverteilung dürften nicht überschätzt werden, Ihre Auswirkungen dürften sich auf eine kaum sehr stark ins Gewicht fallende personelle Umverteilung und Umschichtung der Konsumgüter sowie auf eine sich in engen Grenzen bewegende Verringerung und Umstrukturierung der Investitionen beschränken“⁶⁾. Allerdings drückte Schayer sich insofern vorsichtiger aus, als er nur von den „auf dem Wege einer freiwillig gewährten Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer“ auslösbaren Verschiebungen spricht; seinem gedanklichen Zusammenhang nach aber muß er nicht bloß „freiwillig gewährte Kapitalbeteiligungen“ (offenbar an dem Unternehmen, bei dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist), sondern die *Kapitalbildung* oder „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ schlechthin meinen, will er doch an dieser Stelle beweisen, daß „sie“ weder ein Allheilmittel zur Lösung der sozialen Frage noch eine wirklich ernste Bedrohung gewerkschaftlicher Arbeit sei. Selbstverständlich ist sie weder das eine noch das andere, zumal es Allheilmittel für die soziale Frage überhaupt nicht gibt⁷⁾. Trotzdem bleibt bestehen:

1. Eine andere Verteilung der Vermögen führt auch zu einer anderen Verteilung der Einkommen, und zwar nicht nur des Einkommens *aus* Vermögen, sondern auch der Anteile der funktionellen Einkommensarten, hier insbesondere der Kapitalrendite einerseits, des Arbeitseinkommens andererseits, am Sozialprodukt. Es ist schon richtig, wenn jemand ge-

sagt hat, der Kapitalismus habe seine Ursache nicht im Kapital, sondern in der *allzu ungleichen* Verteilung des Kapitals!

2. Sowohl die Größe (Zuwachsrate) des Sozialprodukts als auch seine Zusammensetzung bestimmen sich neben andern Bestimmungsgründen recht wesentlich auch danach, aus welchen Quellen das neugebildete Kapital fließt und *wer* es daher ist, der über dessen Anlage, über die Auswahl der zu treffenden Investitionen verfügt. Je höher der Anteil breiter Kreise an der Kapitalbildung ist, um so reichlicher werden diejenigen Investitionen erfolgen, die heute und später nicht einem engen Kreise Bevorzugter, sondern eben diesen breitesten Kreisen zugute kommen werden. Heute muß das Unerläßliche, so z. B. weil bei Steuerung durch den Zins ein Großteil unserer Bevölkerung obdachlos sein und bleiben würde, die Finanzierung des Wohnungsbaus durch dirigistische Maßnahmen erzwungen werden; die entsprechende Einkommenskorrektur vorausgesetzt, würden die wohnungsbedürftigen Menschen mit ihren Ersparnissen den Bau der benötigten Wohnungen finanzieren.

Zum Schluß noch eine Frage: Besteht Grund zu der Besorgnis, bei den an der Kapitalbildung sich beteiligenden Arbeitnehmern werde das Profitinteresse oder gar schmutzige Profitgier sich einschleichen?

Diese Besorgnis begegnet in zweifacher Form: einmal als ethisches Bedenken, ungefähr so: Der Unternehmer ist nun einmal diesem unselbigen Profitstreben verfallen, aber wenigstens den Arbeitnehmer möchten wir vor diesem sittlichen Makel bewahrt sehen. Zum andernmal als praktisch-gewerkschaftspolitisches Bedenken: Wird der dem Profitstreben verfallene Arbeitnehmer nicht der Solidarität der Arbeitnehmerschaft und damit auch der Gewerkschaft als deren bedeutsamsten Ausdruck entfremdet werden und schließlich verlorengehen?

Zum ersten nur die Gegenfrage: Warum soll das Streben nach Unternehmerrfolg, vorausgesetzt, daß dieser Gewinn nicht auf Monopolmacht, sondern auf Leistung beruht, sittlich verwerflich oder auch nur weniger achtbar sein als das Streben nach höherem Arbeitsverdienst unter genau der gleichen Voraussetzung, daß der Lohn ehrliches Leistungsentgelt ist? So denken offenbar die amerikanischen Gewerkschaften, die vom Unternehmer verlangen, daß er Profit mache, um ihm den möglichst hohen Anteil an diesem Profit, im Grenzfall den ganzen Profit, abzurufen. Nach den Begriffen der Gewerkschaften drüben ist es verdammt Pflicht und Schuldigkeit des Unternehmers, für Profit zu sorgen, weil der Profit die Quelle ist, aus der die Einkommen der Arbeitnehmer fließen. Profit und Arbeitseinkommen sind nicht zwei verschiedene ethische Kategorien. Der sittliche Wert beider bestimmt sich nach ihrer Entstehung (die kann schmutzig sein und ihnen als

5) Wege der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, in dieser Zeitschrift, November 1953, 649 ff.

6) a.a.O. S. 649.

7) In einer für den „wirtschaftswissenschaftlich interessierten Leser“ bestimmten Fußnote schreibt Schayer Prof. Weisser und mir das Verdienst zu „gleichzeitig und unabhängig voneinander die verteilungspolitisch bedeutsame These erarbeitet zu haben, daß nicht die Einkommensverteilung, sondern die Einkommensverwendung die Höhe der gesamten volkswirtschaftlichen Investitionsleistungen bestimmt“. Das muß ein Irrtum sein. Diese Erkenntnis liegt doch derart auf der flachen Hand, daß sie nicht erst „erarbeitet“ zu werden brauchte. Neu dagegen ist die Erkenntnis, daß die Einkommensverwendung bestimmend ist für die mögliche Einkommensverteilung; wer sein Einkommen ganz dem Verzehr zuführen will, muß auf einen Anteil an dem unverzehrbaren Teil des Sozialprodukts verzichten; wer bereit ist, einen Teil seines Einkommens nicht zu verzehren (in unverzehrbaren Gütern anzulegen oder unmittelbar in unverzehrbare Form entgegenzunehmen), kann auch an dem unverzehrbaren Teil des Sozialprodukts Anteil haben.

sittlicher Makel anhaften) und nach ihrer Verwendung (erst die Hinordnung auf einen sittlich achtbaren, dem Gemeinwohl dienlichen Verwendungszweck — Unterhalt der Familie, volkswirtschaftlich notwendige oder nützliche Kapitalbildung — verleiht ihnen sittlichen Adel).

Zum zweiten: Die Gewinnbeteiligung wie auch die Kapitalbeteiligung an dem Unternehmen, bei dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist, allgemeiner gesprochen: die mikroökonomische Betrachtungs- und Behandlungsweise ist in der Tat dazu angetan, unter Umständen die Solidarität der Arbeitnehmerschaft zu untergraben. Das besagt noch nicht, daß diese Gefahr nicht abgewendet werden könne, aber die Gefahr besteht und veranlaßt die Gewerkschaften zu berechtigter Vorsicht und Zurückhaltung. Gerade darum kann nicht nachdrücklich genug betont werden: die Beteiligung breiter Kreise, d. i. vor allem der Arbeitnehmerschaft, an der Kapitalbildung ist keine mikroökonomische, sondern eine ausgesprochen makroökonomische Angelegenheit.

Ob man den heutigen Arbeitnehmer bereits unmittelbar an den Kapitalmarkt heranführen kann und soll, ob er — die entsprechende Erhöhung seines Einkommens vorausgesetzt — bereits imstande ist, sachgemäß Wertpapiere zur Vermögensanlage auszuwählen und zu verwalten, mag fraglich erscheinen; sowohl die amerikanischen als auch die belgischen Erfahrungen sprechen dagegen. Andere Formen der Ersparnisbildung und Vermögensanlage werden dem Arbeitnehmer vorerst näher liegen. Schon wenn er seine Ersparnisse zur Sparkasse trägt, speist er damit den Kapitalmarkt. Ein anderer Weg wären vertrauenswürdige und seinen Selbsthilfeorganisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften) nahestehende Kapitalanlagegesellschaften (Investment-Trusts), bei denen er Zertifikate zeichnen könnte, während sie die Anlage und Verwaltung der auf diese Weise aufkommenden Mittel besorgen. Auf jeden Fall aber sollte der Gedanke an den *Kapitalmarkt* und seine Wiederbelebung durch die Ersparnisbildung der Arbeitnehmer nicht mehr aus den Erörterungen verschwinden. Gerade dieser Gedanke bewahrt vor der Verengung in „Mitbesitz“ und „Mitunternehmertum“, die beide in ihren *Grenzen* aller Ehren wert sind, allzu leicht aber uns den Schlüssel zur Lösung einer sozial- und strukturpolitisch entscheidenden Aufgabe an einer Stelle suchen lassen, wo er nicht zu finden ist.

Mit seinem ebenso eindeutigen wie nachdrücklichen Hinweis auf die Notwendigkeit der Wiederbelebung des Kapitalmarkts und den auf dieses Ziel hin einzuschlagenden Weg hat das WWI sich ein wahres Verdienst erworben.

PROF. DR. VON NELL-BREUNING

„Sicherung der Gewerkschaftseinheit“

Zahlreiche zustimmende Erklärungen sowohl von führenden Gewerkschaftern aus der „alten Schule“ als auch von jungen Gewerkschaftern zeigen, daß mein Aufsatz „Sicherung der Gewerkschaftseinheit“ in Nummer 10 der GM einen Fragenbereich angerührt hat, der für die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Position der Gewerkschaften von zentraler Bedeutung ist. Ich bilde mir nicht ein, mehr geleistet zu haben, als zu einer Klärung der Fragestellung beizutragen. Immerhin, der Anfang einer jeden fruchtbaren Diskussion besteht darin, vorgefaßte Meinungen und tief-sitzende Vorurteile auszuräumen oder wenigstens anzugreifen. Das kann niemals zum Schaden, sondern immer nur zum Nutzen einer guten Sache sein.

Es war unvermeidlich, bei der Behandlung des Problems der Sicherung der Gewerkschaftseinheit, die nur auf der Basis der Unabhängigkeit von Parteien und weltanschaulichen Organisationen möglich ist, auch auf den Einfluß der von der alten Arbeiterbewegung überkommenen Ideologien hinzuweisen, die das Denken gerade der tragenden Funktionärschicht der Gewerkschaften, deren geistige Haltung zum überwiegenden Teil in der Zeit vor 1933 geprägt wurde, bewußt und unbewußt beherrschen. Das ist kein Vorwurf, sondern nur die Feststellung einer Tatsache. Der Verfasser selbst fühlt sich keineswegs frei von diesen Einflüssen. Dabei darf man es jedoch nicht bewenden lassen. Die Entwicklung stellt uns vor neue Aufgaben, neue Situationen und neue Kräftekonstellationen, die auch ein neues Denken erfordern. Ungeprüftes Übernehmen alter Schablonen kann zu verhängnisvollen Trugschlüssen führen. Das, und nichts anderes war gemeint, wenn davon gesprochen wurde, daß die Gewerkschaften an einer Neuorientierung der Auffassungen in der Sozialdemokratischen Partei interessiert sind und daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Gewerkschaften, und unter ihnen natürlich besonders die Funktionäre, unter einem ideologischen Druck stehen. Nicht von einem organisatorischen oder politischen Druck war die Rede, sondern von einem Druck der alten Ideologien, die jeder der oft durch Jahrzehnte mit der Sozialdemokratischen Partei verbundenen Funktionäre mit sich herumträgt. Das ist ein Problem, das die Sozialdemokratische Partei genau so betrifft wie die Gewerkschaften. Der Satz hätte nicht viel anders formuliert zu werden brauchen, wenn der Artikel sich statt mit den Gewerkschaften mit der Situation der Sozialdemokratischen Partei befaßt hätte.

Eine „maßgebliche sozialdemokratische Seite“ hat diese und andere Formulierungen als einen Angriff auf die Partei aufgefaßt und in Ver-

öffentlichungen — leider nicht in einem Artikel für die Gewerkschaftlichen Monatshefte — sich heftig dagegen verwehrt. Die Partei habe sich, so heißt es darin, in innergewerkschaftlichen Fragen stets der größten Zurückhaltung befleißigt. Die Frage einer bewußten Einflußnahme der Partei auf innergewerkschaftliche Fragen stand in meinem Artikel überhaupt nicht zur Diskussion. Aufgeworfen wurde lediglich die Frage, wie weit Verhaftungen an bestimmte Ideologien den Weg zu einer Bewältigung der praktischen Gegenwartsaufgaben verbarrikadieren. Das ist eine Frage, die für die Gewerkschaften lebenswichtig ist. Für die Sozialdemokratische Partei ist sie jedoch von nicht geringerer Bedeutung. Die Frage muß daher unter vielen Gesichtspunkten, keineswegs nur unter dem gewerkschaftlichen, durchdacht und diskutiert werden. (Die anderen Absätze der sozialdemokratischen Stellungnahme zu meinem Artikel stehen überhaupt in keinem Zusammenhang mit dessen Inhalt, so daß ein Eingehen darauf sich hier erübrigt.)

Es stimmt sehr nachdenklich, wenn eine „maßgebliche sozialdemokratische Seite“ in solchen Feststellungen und Überlegungen einen Angriff auf die Partei sieht. Jedenfalls lag mir bei der Ausarbeitung nichts ferner als der Gedanke, daß der Artikel als Angriff auf die SPD aufgefaßt werden könnte. Ich bin viel zu tief von der Regenerationskraft der SPD überzeugt, als daß ich daran zweifeln könnte, daß ein offenes Aussprechen der sich aus der Nachkriegsposition der Gewerkschaften ergebenden Probleme, auch soweit sie das Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei und Ideologie betreffen, sich anders auswirken könnte als in einer Stärkung sowohl der Gewerkschaften als auch der Sozialdemokratischen Partei¹⁾.

HELMUT WICKEL

Zur Krise des Sozialismus

Dr. Schultes²⁾ verweist auf England, wo er sich gerade aufhält, um seine „kritische Intelligenz aufzufrischen“. Er meint, daß es mir not tate, mich einmal mit der geistigen Bedeutung des englischen oder des skandinavischen Sozialismus zu befassen. Hier sei der Sozialismus auch an den Universitäten führend, während es in Deutschland lediglich auf die faschistische Diktatur zurückzuführen sei, daß wir im Augenblick nicht mehr unseren vollen Beitrag leisten könnten. Ich habe einen Teil meines Lebens gerade in den Ländern zugebracht, die hier von Dr. Schultes erwähnt

1) Berichtigung: In dem Artikel „Sicherung der Gewerkschaftseinheit“, Heft 10, ist auf Seite 580 in der vierten Zeile des letzten Absatzes ein „und“ ausgelassen worden, wodurch leider der Sinn entstellt wird. Es muß heißen: „in der gegenwärtigen sozialen und Wirtschaftsordnung“.

2) Siehe GM, Heft 11/1953, Seite 696 f.

werden, und bin Lehrer an einer englischen Public School gewesen. Jeder Kenner dieser Länder weiß, daß man sie auf Grund ihrer andersartigen historischen Voraussetzungen nicht ohne weiteres mit Deutschland vergleichen kann; das gilt insbesondere auch für die spezielle geistige Struktur, die der Arbeiterbewegung vor allem in Großbritannien zu eigen ist. Der Zusammenbruch der sozialistischen Utopie und des traditionellen sozialistischen Geschichtsdenkens konnte hier nicht in dem gleichen Ausmaße sichtbar werden, weil die ideologischen Voraussetzungen überhaupt nicht bestanden, die dem kontinentalen Sozialismus sein eigentümliches Gepräge gegeben haben. Der hegelianische Marxismus ist mit seiner dialektischen Auffassung von der Geschichte nur dort wirksam geworden, wo diese Geschichte in sich selbst keine sinnvolle Kontinuität enthielt, pennoch kann niemand an der Tatsache vorbeigehen, daß auch in England das gewohnte Entwicklungsdenken, wie es im 19. Jahrhundert gerade in diesem Lande mit so eindeutig optimistischen Vorstellungen von der Zukunft der menschlichen Gesellschaft geprägt wurde, in eine schwere innere Krise geraten ist. Wer die moderne englische Literatur kennt, weiß, wie fragwürdig inzwischen alle jene Bestände geworden sind, wie sehr die Frage nach dem Sinn der menschlichen Existenz alles andere verdrängt. Die tiefe innere Unsicherheit, die das Ergebnis durchdachter historischer Erfahrungen ist, macht hier auch gerade vor jenen Vorstellungen keinen Halt, die das innerste Anliegen einer sozialistischen Auffassung von der Gesellschaft berühren. Ich denke hier nur an das Werk *George Orwell's*, dieses bedeutenden sozialistischen Kritikers der sozialistischen Ideologie. Ähnlich steht es in Schweden; das Bewußtsein, in einer unabsehbaren Krise der menschlichen Existenz zu stehen, die sich vor allem aus dem Mißverhältnis zwischen dem Menschen und der von ihm entwickelten technischen Wirklichkeit ergibt, ist geradezu das Kennzeichen der modernen schwedischen Literatur. Soll ich auf Namen wie *Pär Lagerkvist*, *Bertil Malmberg* oder *Karin Boye* hinweisen? Was dennoch etwa den englischen Sozialismus fähiger macht, diese Krise, die auch ihn in so unmittelbarer Form betrifft, durchzustehen, ist ausschließlich die Tatsache, daß es für ihn von Anfang an weniger um eine Surrogatreligion gegangen ist, die früher und später durch die Geschichte enttäuscht werden mußte, sondern um ein tiefes und bleibendes sittliches Anliegen.

Dr. Schultes meint, daß es schlecht um die Arbeiterbewegung bestellt wäre, wenn sie Pädagogen wie mir ausgeliefert würde. Nach seiner Ansicht müssen wir durch Bildungs- und Organisationsarbeit die Verwirrung beseitigen, die der Faschismus angerichtet hat; wir würden auf diese Weise jene peinliche Unterbrechung

des geplanten Geschichtsverlaufs überbrücken. Er meint dabei ferner, daß allein die „materiellen Voraussetzungen tatsächlich den Kern der Existenz“ ausmachen. Auf diesen hätten wir also aufzubauen. Ich möchte hier nur am Rande erwähnen, daß man sehr peinliche politische Überraschungen erleben kann, wenn man von diesem objektiv falschen Bild der menschlichen Existenz ausgeht. Doch darauf kommt es mir hier nicht an. Ich bin der Überzeugung, und ich sage es als Sozialist ganz offen, weil es endlich einmal mit aller Schärfe gesagt werden muß, daß eine solche rein materialistische Auffassung vom Menschen schließlich zur Menschenverachtung führen und in einem System der Konzentrationslager enden muß. Sie ist außerdem in ihrem innersten Gehalt primitiv kulturfeindlich. Der Mensch ist ein geistiges Wesen und in einer sittlich religiösen Weltordnung verankert, um deren Gestaltung wir zu ringen haben und die es auch im sozialen Bereich zu verwirklichen gilt. Weil der Mensch ein geistiges Wesen ist, hat er eine unantastbare Würde und weist über seine eigene vergängliche Existenz hinaus. Wenn ich davon rede, daß wir keinen Glauben mehr haben, meine ich nicht, daß ich keinen Glauben besitze. Ich wollte damit lediglich einen allgemeinen Tatbestand feststellen, die ganze Restauration, die wir heute erleben — einschließlich der sozialistischen —, ist der Ausdruck einer solchen Glaubenslosigkeit, weil sie aus der Angst gezeugt ist, die dort eindringt, wo der Mensch die Gewißheit seiner Bestimmung verloren hat, wo er es nicht mehr wagt, sich der Realität zu stellen. Der Sozialismus hat sie schließlich auch deshalb verloren, weil er von einem Geschichtsmythos ausging, der sich als eine Illusion erwiesen hat, als eine völlige Verkennung der Wirklichkeit. Es gibt jedoch, und ich gebe das zu, auch archaische Seelen, wie sie der Psychologe *Jung* genannt hat, Menschen, die heiter in einer Wirklichkeit weiterleben, die überhaupt nicht mehr existiert.

Dr. Schuhes meint, daß meine Ausführungen über Vergesellschaftung besser in einer Unternehmerzeitschrift gestanden hätten. Wenn Dr. Schultes von dem von ihm zitierten *Prof. Dr. Cole* mehr gelesen hätte als eine Broschüre, würde er sicher gemerkt haben, daß meine Kritik gerade hier den Auffassungen Coles unmittelbar nahekommt. Ich habe es für angezeigt gehalten, auf Gefahren hinzuweisen, auf die Gefahr einer neuen Vergewaltigung des Menschen durch einen Gesellschaftsmechanismus, der ihn nicht befreit, sondern ihn vielmehr auch noch um den Rest der Freiheit bringt, dessen er sich unter dem Kapitalismus erfreuen kann. Daß eben dieses möglich ist, sollten wir ja nun wohl endlich wissen. Hier unsere eigene Form deutlich zu machen, die den Menschen um seiner selbst willen zum Ziel hat, scheint mir eine der vordringlichsten

Aufgaben zu sein. Ich bin in einem viel schrofferen Ausmaß Gegner des Kapitalismus, als es heute unter Sozialisten üblich ist. Aber mir geht es dabei offenbar um etwas anderes als Dr. Schultes.

Dr. Schultes meint, es gäbe kein Dunkel, d. h. keine Ungewißheit der Geschichte, die sich vor uns auftut, sondern nur eine helle Zukunft. Gerade hier aber bin ich der Ansicht, daß die Geschichte immer nur die Möglichkeit bietet, die verwirklicht werden *kann*. Sie muß es nicht, und sie wird es vor allem dann nicht, wenn wir Menschen uns in einer gefährlichen Sicherheit wiegen. Wenn ich mit jungen Menschen wieder auf die Suche gehen will, dann kommt es mir eben darauf an, sie nicht mit Phrasen abzufüttern, die uns keiner mehr abnimmt, sondern die bleibenden sittlichen Kräfte in ihnen wiederzuerwecken, die jeder geschichtlichen Enttäuschung standhalten. Diese Kräfte bleiben und sind in einem tiefen Sinne von Furcht und Hoffnung unabhängig. Ich bin kein Pessimist, weil ich die gute Sache, die Sache des Sozialismus, nicht unbedingt mit der Erhaltung bestehender Institutionen identifizieren will. Institutionen kommen und gehen; wenn sie ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen, fallen sie, um mit *Hegel* zu reden, ab „wie leere Hülsen“. Wir alle geben uns Mühe, ihnen zu helfen, den Aufgaben des Tages gerecht zu werden. Sozialismus aber ist mehr als eine historische Kristallisationsform, die sich unter den spezifischen Voraussetzungen des 19. Jahrhunderts entwickelt hat. Er ist die menschliche Sache überhaupt, und wenn wir sie nicht mehr erfüllen können, werden sie andere für uns eines Tages übernehmen. Mir scheint, daß es heute viele Sozialdemokraten gibt, die sich in reaktionärem Traditionalismus vor niemanden überbieten lassen.

Leider fehlt der Raum, die einzelnen Punkte, die ich hier angeschnitten habe, umfassender zu verdeutlichen. Ich möchte jedoch den interessierten Leser um eine kleine Mühewaltung bitten. Er vergleiche doch einmal die Zuschrift von Dr. Schultes mit jener wirklichkeitsnahen Auseinandersetzung in der katholischen Zeitschrift „Die Neue Ordnung“ (Heft 5), die an das Buch von *Bednarik* und die in Frage kommende Ausgabe der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ anknüpft. Er vergleiche einmal den Unterschied des geistigen Niveaus, der hier zutage tritt. Es kann einem in der Tat bange werden um die Zukunft des Sozialismus, wenn man nicht die Gewißheit hätte, daß er eine unverlierbare Sache ist, jene Gewißheit, die uns auch in den dunkelsten Tagen der deutschen Geschichte den Mut zum Widerstand gegeben hat.

DR. HEINZ-JOACHIM HEYDORN
Institut für Lehrerbildung des Staates
Hessen/Darmstadt